

Schule • Archäologie • Medizin • Astronomie • Missbrauch • Infografik: Flucht

Vermisst und umworben

Der Slawist Christoph Rosenbaum kam als Quereinsteiger an die Comenius-Sekundarschule in Stendal: Russisch unterrichtet er dort, Mathe – und jetzt auch noch Chemie



Foto: Reuters/Visuals/Photo by the Zeit

Unterrichtsausfall wird zur Regel. Verzweifelt kämpfen Schulleiter gegen den Lehrermangel

VON JEANNETTE OTTO

Morgens, bevor der Unterricht losgeht, schaut Jessica Helle manchmal vom Balkon vor ihrem Büro aus über den Schulhof. Sie sieht die Kinder trödeln, hüpfen oder rennen – und die Schulleiterin sieht ihren Stellvertreter, der an der Tür steht und alle begrüßt. Sie mag dieses Bild, aber es macht ihr auch Angst. Ein paar Wochen noch, dann ist da keiner mehr an der Tür. Dann ist er weg, der Kollege. Er geht in den Ruhestand, etliche andere werden bald folgen. Innerhalb der nächsten vier Jahre verlassen 19 Lehrerinnen und Lehrer der Comenius-Sekundarschule in Stendal ihren Arbeitsplatz.

Eine Schule leiten, der die Pädagogen abhandeln: Für Jessica Helle, 38, ist der Generationenwechsel im Lehrzimmer zur größten beruflichen Herausforderung geworden. Denn genau genommen ist dieser Wechsel ein dramatischer Schwund. Die alte Generation geht, eine neue kommt nicht nach. Die Schule in Stendal ist nur ein Beispiel für eine Entwicklung, die ganz Sachsen-Anhalt erfasst hat. In den nächsten Jahren geht an vielen Schulen rund die Hälfte der Lehrkräfte verloren, schon jetzt klappt eine bedrohliche Lücke.

440 Kinder und Jugendliche von der fünften bis zur zehnten Klasse besuchen die Comenius-Sekundarschule, einen imposanten Backsteinbau mitten in Stendal, Bauhausstil, in den späten Zwanzigerjahren errichtet. 34 Lehrerinnen und Lehrer und ein Sozialpädagoge arbeiten hier. Vor elf Jahren, im Schuljahr 2010/11, gab es für die gleiche Kinderzahl 50 Lehrkräfte und drei pädagogische Mitarbeiter, insgesamt also 18 Pädagogen mehr.

Aber nicht nur in Sachsen-Anhalt, nicht nur im Osten Deutschlands, überall in der Republik stehen

Schulen vor einem gewaltigen Problem. Es ist vermutlich größer als alle Probleme, die sie bisher kannten: Pisa, der Kampf um das neunjährige Gymnasium, Ganztagschule, Inklusion, schließlich Corona – nichts davon schien so allumfassend, so existenziell. Alles wirkte irgendwie beherrschbar gegenüber der großen Leerstelle, die gerade in den Lehrerzimmern entsteht. Die Prognosen, wie viele Pädagogen in den nächsten zehn Jahren fehlen, schwanken: zwischen einigen Zehntausend bis weit über hunderttausend. Der *Nationale Bildungsbericht*, der diesen Donnerstag erscheint, wird die Lehrerlücke offiziell beziffern.

Dunkle Szenarien bauen sich auf: Ist das der endgültige Abschied von der Bildungsrepublik Deutschland, die Altkanzlerin Merkel 2008 ausrief? Ist es jetzt vorbei mit dem Versprechen vom Bildungsaufstieg? Vorbei mit der Hoffnung, Anschluss an erfolgreiche Bildungsnationen wie Singapur, Finnland, Estland oder Kanada zu finden? Wenn Fächer nicht mehr unterrichtet und Kinder nach Hause geschickt werden, weil vorn an der Tafel kein Lehrer steht, was helfen dann Slogans wie »Beste Bildung für alle«, wie es im Koalitionsvertrag heißt?

Eine Zukunft ohne ausreichend viele und ausreichend qualifizierte Pädagogen ist riskant für eine Gesellschaft, in der Bildungschancen höchst ungerecht verteilt sind und mehr als 20 Prozent aller Kinder und Jugendlichen als sogenannte Risikoschüler nach zehn Jahren Schule nicht richtig lesen, schreiben und rechnen können. Nie war die Hoffnung auf die Wirkung guten Unterrichts größer als jetzt, wo Krieg und Klimakatastrophe nach Menschen verlangen, die sich klug verhalten und Lösun-

gen finden für die Rettung der Welt. Nie war der Ruf nach leidenschaftlichen Lehrkräften lauter, weil es in ihrem Job nicht nur um Wissen geht, sondern nebenbei um nichts Geringeres als Persönlichkeitsbildung, Menschwerdung, das Ermöglichen von Lebensträumen. Was für eine Aufgabe!

Dass schulische Bildung in Deutschland ein Grundrecht ist, darauf hat das Bundesverfassungsgericht erst Ende 2021 durch ein wegweisendes Urteil hingewiesen. Nicht nur nach der Erfahrung monatelanger pandemiebedingter Schulschließungen war das ein wichtiges Signal. Der akute Lehrermangel, in dessen Folge Kinder auf Fächer wie Kunst, Musik, Chemie oder Physik verzichten müssen und sich auf Zeugnissen die Formulierung »nicht erteilt« etabliert, zeigt, wie bedroht dieses Grundrecht in weiten Teilen des Landes ist.

An der Comenius-Sekundarschule wird kaum noch eine Stunde vertreten. Ausfall ist gleich ungenutzte Zeit ist gleich Lernverlust. Bis in den Mai hinein hatten die fünften und sechsten Klassen kein Englisch. Deutsch wurde in diesen Jahrgängen von fünf auf drei Stunden gekürzt. Seit vergangener November gibt es keinen Chemieunterricht mehr, nachdem die einzige Fachlehrerin in Rente ging. Nun hat der Russischlehrer Christoph Rosenbaum, ausgebildeter Slawist, der als Seiteneinsteiger an die Schule kam und in den vergangenen Jahren auch in Mathe eingesprungen ist, zumindest die zehnte Klasse übernommen, obwohl er »Chemie nicht auch noch unterrichten wollte«, wie er sagt. Aber ohne seinen Einsatz wäre der Abschluss einiger Jugendlicher gefährdet gewesen.

Der Mangel trifft die Schwachen besonders hart: In vielen Comenius-Klassen sitzen Schüler mit Förderbedarf. Laut Ministerium hat jeder Einzelne von ihnen je nach Förderschwerpunkt Anspruch auf ein

bis vier Stunden pro Woche gezielte Unterstützung durch einen Sonderpädagogen. Insgesamt 60 Wochenstunden Förderunterricht müsste die Schule offiziell anbieten. »In der Realität«, sagt Jessica Helle, »sind es sechs Stunden.« Schließlich wird die zuständige Sonderpädagogin auch anderswo gebraucht, pendelt zwischen verschiedenen Standorten und kann keinem gerecht werden. »Nur ein Beispiel«, sagt Helle, »wir haben in der sechsten Klasse einen Jungen, der lernt gerade schreiben. Der braucht permanent Hilfe, bekommt sie aber nicht. Für seine Entwicklung ist das eine Katastrophe.«

Auch die ganztägige Betreuung – großes, imageträchtiges Fortschrittsprojekt deutscher Bildungs- und Familienpolitik – kann die Schule nur halbherzig umsetzen. Auf dem Papier hat Helle einen Anspruch von 74 Stunden Unterstützung pro Woche durch pädagogische Mitarbeiter. Aber, wie es so kommt: Einer zog weg, eine andere orientierte sich beruflich neu. Beide Stellen hat das Land nicht neu ausgeschrieben – warum, hat Helle niemand erklärt.

Der Essener Bildungsforscher Klaus Klemm streitet sich seit Jahren mit den Kultusministern der Länder. Immer geht es um Prognosen, die deutlich machen sollen, wie viele Lehrer zukünftig tatsächlich gebraucht werden, worauf man sich einzustellen habe, an Universitäten, in Studienseminaren für Referendare, in der Weiterbildung. Klemms Berechnungen sorgen regelmäßig für Aufregung, weil seine Ergebnisse extremer ausfallen als die der politisch Verantwortlichen. Die Kultusminister haben lange viel zu träge auf steigende Geburtenzahlen und die hohe Zuwanderung nach Deutschland reagiert. Das aktuelle Dilemma in den Lehrerzimmern entstand auch deshalb, weil es keine vorausschauende, realistische Bedarfs- und Angebotsplanung gab. Die Ausbildung einer Lehrkraft dauert sieben Jahre, wobei nicht alle Studie-

Arbeitskampf um Menschenleben

Darum ist der Streik an den NRW-Uni-Kliniken gerechtfertigt – und nötig

W

Warnung! Ganz oben auf der Website der Uni-Klinik Düsseldorf dieses Wort, gefolgt von der Bitte, nicht in die Notaufnahme zu kommen. Ganze Stationen geschlossen mangels Kapazität – Ähnliches bei den Universitätskrankenhäusern in Köln, Münster und Aachen. Seit knapp zwei Monaten laufen alle Uni-Kliniken in Nordrhein-Westfalen im Notbetrieb. Das ist mehr als jede sechste in Deutschland. Nicht wegen Corona, sondern weil das Personal streikt, sind unzählige Behandlungen abgesagt, verlegt oder verschoben worden.

Die Streikenden betonten, sie wollten noch diese Woche eine Einigung. Bis Redaktionsschluss gab es kein Ergebnis. So oder so sind die Folgen des Ausstands längst dramatisch. Bereits Anfang Juni mahnten namhafte Onkologen, der Streik verursache bei Krebspatienten »sowohl Angst als auch Leid und gar Lebensgefahr«. In der vergangenen Woche wurde die Deutsche Gesellschaft für Unfallchirurgie: Die Häuser seien »hochgradig beeinträchtigt«, werde weiter gestreikt, drohe der Kollaps. Die Leitung der Bonner Uni-Klinik versuchte sogar, den Streik gerichtlich verbieten zu lassen: Er sei aus medizinischer Sicht nicht mehr vertretbar.

Ist das so? Dürfen Klinikbeschäftigte streiken, wenn es womöglich um Menschenleben geht?

Sie dürfen nicht nur (wie die Bonner Richter erklärten), sie müssen es sogar! Ein Streik, der niemanden trifft, bringt auch nichts. Und weil es gerade in Uni-Kliniken naturgemäß oft um Menschenleben geht, gibt es dort bei Streik Notfallbesetzungen. Die sind, glaubt man den Pflegern, teils genauso gut (oder schlecht) aufgestellt wie so manche Alltagsmannschaft. Der Notfall ist also längst Normalzustand, dauerhaft. Und das ist nicht vertretbar, anders als ein vorübergehender Ausnahmezustand.

Denn die Pfleger, Therapeuten oder OP-Assistenten kämpfen nicht etwa um höhere Gehälter, sondern einzig um bessere Arbeitsbedingungen. Für sich, klar, aber damit auch für ihre Patienten. Der Personalstand hat ja einen Einfluss darauf, ob sich Wunden entzünden oder tödliche Keime ausbreiten. Diese konstante Gefahr wollen die Streikenden entschärfen. Dass die Forderung nach Entlastung durchaus umsetzbar ist, zeigt die Berliner Charité. Dort haben die Beschäftigten bereits einen entsprechenden Tarifvertrag erstritten – mit dem der Arbeitgeber nun um neues Personal wirbt.

HANNA GRABBE

Fortssetzung auf S. 38

www.zeit.de/vorgelesen

Mehr Wissen

Der Nationale Bildungsbericht spiegelt alle zwei Jahre den Stand von Bildung und Wissenschaft in Deutschland wider, stets mit einem besonderen Schwerpunkt. 2022 liegt er auf dem Personal in Kitas, Schulen und Hochschulen – also auch auf dem Lehrermangel.

Links zum Bildungsbericht und anderen Themen dieser WISSEN-Ausgabe finden Sie unter www.zeit.de/wq/2022-26